

Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Mainz-Neustadt



DIE LINKE im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Vorlage-Nr. 0412 / 2022

Anfrage zur Sitzung des Ortsbeirats Neustadt am 30.03.2022

Anschluss der Radverkehrs an die Kaiserbrücke

Die Kaiserbrücke ist schon heute eine sehr gut frequentierte Rheinüberquerung für Fuß- und Radverkehr. Eine 3,3 Millionen Euro-Förderzusage des Bundes (mit 100%iger Übernahme der Kosten) soll künftig eine barrierefreie Erschließung und den radverkehrstauglichen Anschluss der Kaiserbrücke sicherstellen. Der Fahrrad-Pendler*innenverkehr zwischen Wiesbaden und Mainz wird dadurch erwartbar deutlich zunehmen. Ein großer Teil der Zu- und Abführung des Rad- und Fußverkehrs erfolgt durch den Zollhafen entlang des Rheins. Eine weitere Zu- und Abführung wird in Richtung Rheinallee erfolgen.

Derzeit erfolgt die Rad- und Fußverkehrszuführung zwischen der Bebauung des Zollhafens und der Kaiserbrücke über "Inge-Reitz-Straße" sowie "An der Hafenbahn", wobei dieser Bereich für Radfahrende derzeit kaum geeignet ist: die Gehwege sind schmal und durch Masten zusätzlich beengt und daher für gemeinsame Geh- und Radwege nicht geeignet. Und auf der Fahrbahn stellen die Schienen unfallträchtige Hindernisse dar.

Mit der Förderung aus dem Programm "Klimaschutz durch Radverkehr" stellt/ das Umweltbundesministerium jedoch erhöhte Qualität Bedingungen an die Radverkehrsführung. So ist als Förderkriterium an die modellhaften Projekte mit Leuchtturmcharakter genannt, "Radfahren im Alltag, in der Freizeit und für den Liefer- und Transportverkehr attraktiver machen" (eigene Hervorhebung).¹ Dabei ist die Führungsform im Sinne gemeinsamer Geh- und Radwege ausdrücklich "im Vergleich zu einer getrennten Radverkehrsführung zu vermeiden". Weiterhin muss "die geförderte Infrastruktur [...] einem erhöhten Fahrradaufkommen gerecht werden, die hierfür notwendigen Kapazitäten schaffen und gleichzeitig die Verkehrssicherheit erhöhen und zur Unfallvermeidung beitragen. Den Anforderungen eines zunehmend diversifizierten Radverkehrs durch Pedelecs/E-Bikes und Lastenräder soll dabei Rechnung getragen werden."

Dezidierte Radwege, die auch den Förderkriterien des Umweltbundesministeriums entsprechen würden, sind in den bisherigen Verkehrsflächen des Zollhafens nicht vorgesehen.

¹ https://www.klimaschutz.de/de/foerderung/foerderprogramme/klimaschutz-durch-radverkehr

Die künftige Planung sieht gemäß Bebauungsplan entlang der abgesenkten Grünfläche eine 5 m breite Verkehrsfläche "Fußgängerbereich / Radfahrer" vor. Dieser Bereich wird als Mischverkehrsfläche für Radfahrende und Fußgänger*innen wegen der hohen Frequenz und der geringen Breite von 5 m jedoch absehbar kaum konfliktfrei funktionieren. Die Situation ist in beigefügter Abbildung dargestellt.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, eine sichere, komfortable und ausreichend dimensionierte Anbindung des Radverkehrs an die Kaiserbrücke aus/in Richtung (a) Rheinallee sowie (b) Südmole Zollhafen sicherzustellen.

Dies bedeutet unter anderem

- den Knotenpunkt "Inge-Reitz-Straße"/"An der Hafenbahn" in Richtung (a) Rheinallee und (b) Südmole Zollhafen planerisch hinsichtlich der o.g. Kriterien anzupassen;
- auch eine direkte Verbindung zwischen Kaiserbrücke und der Erschließungsstraße der Nordmole über die Fläche GE1 zu prüfen (was eine Prüfung zum Planungsstand des Baufelds GE1 beinhaltet: Wie ist der Stand der Planungen und der Vermarktung?) und ggf. per Eintragung einer Baulast eine zweispurige Radwegeführung über das GE1 festzuschreiben;
- eine radfahrgerechte Verbindung zwischen der Hafenbrücke und der nördlichen Erschließungsstraße an der Nordmole (bspw. ebenerdige Durchfahrt der Bebauung) sicherzustellen (bspw. durch ein Wegerecht/ eine ebenerdige Durchfahrt im Baufeld WA3),
- die Radverkehrsführung insgesamt entsprechend der Qualitäten der Förderrichtlinien "Klimaschutz durch Radverkehr" an die Kaiserbrücke und ihr Umfeld anzubinden.

Für die Fraktion

Marco Neef (Bündnis 90 / Die Grünen) Sigi Aubel (DIE LINKE)

